



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

130 (24.3.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190536](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190536)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Goldbaum, Druckverlag für Politik: Dr. Felix Goldbaum, für Familien L. D. v. Mahr, für Kohlen und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schäfer, für Handel: Dr. A. Diab, für Anzeigen: Karl Haas, Druck: Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. 2, 2. Druck-Abt.: General-Anzeiger Mannheim, Dörfel-Route Nr. 17/19 Kartstraße in Baden. — Fernsprecher Nr. 7040-7046

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 1spaltige Kolonette 1.25 RM., ausm. 1.50 RM., Stellengelände u. Sam.-Anz. 2.00 RM., Resten 1.50 RM., Annoncenblatt für das Mitgliebsblatt vom 1. 1. 1920, für das Abendeblatt nachm. 2.00 RM., für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Obergrenze festgesetzt. In Mannheim und Umgebung monatlich 100 RM., einmündig 50 RM., in der Provinz 25 RM., in der Provinz 15 RM., in der Provinz 10 RM.

Das Reichstabinett zurückgetreten.

Geschäftsministerium oder Koalitionskabinett?

Berlin, 24. März. (Von unserem Berliner Büro.) Unsere Voraussage, daß das ganze Reichstabinett zurücktreten wird, wird nun auch von anderer Seite bestätigt. Die gestrigen Besprechungen der Reichsregierung und Fraktionsführer drehten sich ausschließlich um diese Frage. Die Besprechungen währten den ganzen Tag an und waren um Mitternacht noch nicht abgeschlossen. Nach wie vor glauben wir, daß ein reines Geschäftsministerium bis zu den Neuwahlen die Angelegenheiten führen wird. Unter diesen Umständen erübrigt es sich auch, sich an dem üblichen Rätselraten nach den neuen Männern zu beteiligen. Nur um einer Chronistenpflicht zu genügen, verzeichnen wir, daß die Badische Zeitung als künftigen Reichskanzler Herrn Hermann Müller nennt, vermutlich auf Grund der epochalen Verdienste, die er sich als Vertreter des Auswärtigen erworben hat. Im auswärtigen Ressort soll Herr Müller Dr. David ablösen. An Stelle des waderen Robert Schmidt, des „Reichsklavierstimmers“ soll der frühere Staatssekretär Dr. August Müller treten. Der Posten des Reichswehrministers würde, falls ihn nicht ein Militär übernehme, dem bisherigen Wiederaufbauminister Dr. Geßler zufallen. Das wäre ausnahmsweise eine vernünftige Wahl. Geßler ist ein energischer Mann und verfügt zugleich über lebenswürdige süddeutsche Umgangsformen.

Zugleich mit dem Reichstabinett dürfte wohl auch das preussische zurücktreten. Herr Heine ist bereits zurückgetreten und auch Herr Defer wird — der Sieg der Unabhängigen ist, wie gesagt, vollstündig — sein Amt nicht weiter versehen. Die offiziellen P. P. N. suchen das schamhaft zu verhüllen, indem sie schreiben: Herr Defer brauchte nicht erst zurückzutreten, weil das Amt des preussischen Eisenbahnministers zum 1. April sowieso erlosch. Der Offiziosus vergißt dabei nur, daß Herr Defer an Stelle Bells zum Reichsverkehrsminister ausersehen war.

Etwas anders lauten auch heute wieder die Meldungen aus sozialdemokratischer Quelle. So schreibt, wie uns unser Münchener Vertreter telegraphiert, die „Münchener Post“:

Wahrscheinlich wird an die U. S. P. die Aufforderung ergehen, bei der Neubildung der Regierung teilzunehmen. Die in Berlin anwesenden Parteigenossen des Auslandes, Henderson und Hugsman, außerdem Franzosen und Belgier, haben der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß in Deutschland heute nur eine Koalitionsregierung aller Parteien mit Einschluß der U. S. P. möglich sei, die auf dem Boden der Republik stehen. Eine reine Arbeiterregierung halten sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen für völlig unmöglich.

Wir möchten zunächst unserm Bekannten Ausdruck geben über die Einmischung von Ausländern in unsere inneren Angelegenheiten. Wie kommt die Reichsregierung dazu, Belgier, Franzosen und Engländer zu Rate zu ziehen, wo es sich um deutsche Angelegenheiten handelt, während die Mitarbeiter deutscher Parteien zurückgewiesen wird? Im übrigen bleibt die innere Lage wir und unübersichtlich. Als roter Faden zieht sich durch die Ereignisse nur der steigende Einfluß der U. S. P. und das langsame, aber sichere Zurückweichen der Koalitionsregierung vor den wachsenden Machtansprüchen der U. S. P.

Zum Termin der Neuwahlen.

Berlin, 24. März. (Privatmeldung.) Wie das Berl. Tageblatt hört, wird in den Kreisen der Regierung beabsichtigt, die Neuwahlen zum Reichstag Ende Mai oder Anfang Juni stattfinden zu lassen.

Öffentliche Sitzung des Reichsrates.

Berlin, 24. März. (W.B.) Der Reichsrat trat gestern zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in welcher der Vorsitzende, Wiederaufbauminister Dr. Geßler im Auftrage der Reichsregierung dem Reichsrat den Dank zum Ausdruck brachte für die Unterstützung, die der Reichsrat der Regierung durch seine Stellungnahme gegenüber den neuen Gewaltübernehmern angedeihen ließ. Namens des Reichsrates erwiderte der bayerische Gesandte, Dr. v. Prager, der Reichsrat habe gezeigt, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe. Nur durch das Festhalten an dieser könne die schwere Krise überwunden werden. Der Reichsrat erledigte sodann eine Reihe von Beschlüssen, darunter das Beamtenbefolgungsgesetz.

Berlin, 24. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die preussische Landesversammlung, die heute mittag zusammentreten sollte, wird mit Rücksicht auf die ungeklärte innerpolitische Lage wohl gleichfalls verschoben werden.

Abbruch des Generalstreiks auf Widerruf.

Berlin, 24. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die „Freiheit“, die gestern als erstes und einziges Berliner Blatt nach der zehntägigen Pause abends erschien, teilte mit, daß die Distriktsleiter von Großberlin gestern vormittag mit 19 gegen 5 Stimmen beschloßen hätten, den Generalstreik abzubrechen. Eine Bekanntmachung, die u. a. vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, gezeichnet liegt und von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterschrieben war, teilte dann des Weiteren mit, daß die Aufhebung des Generalstreiks nur auf Widerruf erfolgte, nämlich nur dann, wenn die bekannten neuen Punkte, die

hier als „Mindestforderungen“ bezeichnet werden, eingehalten werden und die Reichsregierung zugleich die bindende Erklärung abgibt, daß die Truppen in Berlin bis auf die Spreelinie zurückgezogen, daß die bewaffneten Arbeiter im Ruhrrevier nicht angegriffen werden und daß mit den Gewerkschaftsverbänden über die Einreichung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll. Die „Freiheit“ überschreibt ihre gestrige Nummer „Der Weg zum Sieg“. Wenn alle diese Bedingungen unterstellt und restlos erfüllt würden, hätten die Unabhängigen einen Grund, schon jetzt von einem vollen Sieg zu reden. Das bis jetzt Erreichte bedeutet der „Freiheit“ aber, wie sie heute in einem Leitartikel auseinandersetzt, lediglich eine „Atempause“. Man sieht, unsere Unabhängigen wandeln getreulich in den Spuren Lenins und wenn das Bürgertum nicht endlich aufwacht und alle Parteiunterschiede hinter sich läßt, werden diese Lenin-Nachfolger Deutschland noch das Schicksal Rußlands bereiten.

Berlin, 24. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die Berliner Blätter sind heute zum größten Teil wieder erschienen, die meisten freilich nur in schwächlicher Umfang. Ihr Inhalt ist ziemlich gleichlautend. Sie erzählen dem abnungelosen Groß-Berlin, was sich in den letzten anderthalb Wochen in der Welt und auch was in Berlin selber sich begab hat.

Berlin, 23. März. (W.B.) Auch die letzte Nacht und der heutige Vormittag sind vollkommen ruhig verlaufen. Kraftwagen mit Reichswehrsoldaten und Sicherheitsbeamten, teilweise mit Scheinwerkern ausgestattet, streifen die in tiefer Finsternis liegenden Straßen ab, doch nirgends waren Ansammlungen oder gar Zusammenstöße zu verzeichnen.

Der Fuhrpöbelverkehr war heute bei schönem und sonnigem Wetter sehr lebhaft. Wilde Fuhrwerk für den Personerverkehr sind wieder sehr zahlreich anzusehen und bilden einen bedauerlichen Anblick für den noch immer schlafenden Straßenbahn- und Hochbahnverkehr. Omnibusse befördern die Reisenden mit Unruhe zwischen den einzelnen Bahnhöfen. Die Hochbahn hat gestern bereits begonnen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Als ein unabhängiger Führer ihnen in stellte, daß die Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte die Parole zum Weiterstreiken ausgegeben habe, was die Hochbahn zur Abänderung ihres Beschlusses veranlaßte. Die Straßenbahner sind ebenfalls wieder ausständig. Ueber die Zahlung der Löhne für die Streikende wurde eine Einigung erzielt, doch verlangen die Angestellten jener die Regierung bestimmter Beamter. Auch sonst ruht die Arbeit noch vielfach, so im Transportarbeitergewerbe und in den Druckereien. Die Zeitungen erscheinen deshalb immer noch nicht. Die Drucker verweigern neuerdings ihre Lohnforderungen mit politischen Wünschen. Sie verlangen in den Zeitungsbeiträgen einen maßgebenden Einfluß auch nach dieser Richtung. Die Großbanken hielten zur Zeit des Umsturzes ihre Betriebe aufrecht, wenn auch in beschränkter Weise. — Der Geld- und Geschäftsverkehr ist natürlich sehr still. Große Schwierigkeiten haben sich seitdem eingestellt. Ein Fernsprecher nach dem anderen hat wegen Strommangel zu arbeiten aufgehört. Heute wurde auch das Amt Moritzplatz Stromlos, jedoch jetzt fünf Kanister stillliegen. Das Großberliner Rettungswesen lehnte in den verflochtenen acht Tagen 325 Personen, die bei den Unruhen verletzt oder sonst zu Schaden gekommen waren, die erste Hilfe. Auf den verletzten Stationen wurden insgesamt 15 Tote eingeliefert.

Wer regiert?

Dortmund, 22. März. Unter der Ueberschrift „Wer regiert?“ befaßt sich die mehrheitssozialistische Westfälische Allgemeine Volkszeitung mit der Hochspannungslage im Industriegebiet. Das Blatt rückt dabei ebenso energisch wie von den Kapp-Regenten auch von den Linksrädlichen ab, in deren gegenwärtiger Politik es den Weg zum Bolschewismus sieht. Am Schluß des sehr beachtenswerten Artikels heißt es: „Wer regiert? So fragen wir. Bahnsinn ist es, der sich durchsetzen will. Er sing an mit dem Kapp-Putsch und wird weiter gefördert von den Linksdiktatoren. Wir als Sozialdemokraten aber müssen der Vernunft zum Siege zu verhelfen suchen. Im Interesse unserer Partei, aus Liebe zu unserm Volke müssen wir es ablehnen, den diktatorischen Lockgeiseln zu folgen. Wir müssen ihnen ebenso ablehnend gegenüberstehen, wie wir es den Mäntelchen der Kapp und Konforten gegenüber taten. Nicht Gefühl und Stimmung, sondern Verstand und Vernunft muß die Stunde regieren. Helfe jeder mit, daß es so werde.“

Die Lage im Reich.

Reichskanzler Bauer an den Vollzugsausschuß in Hagen.

Berlin, 23. März. (W.B.) Reichskanzler Bauer sandte an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses in Hagen i. W. folgendes Telegramm: Die Reichsregierung nimmt mit Dank Kenntnis davon, daß die drei sozialistischen Parteien alle Kräfte zur Niederschlagung der Reaktion eingesetzt haben. Dieser Zweck ist in Berlin durch den Zusammenbruch der Kappgruppe erreicht. Die Entlassung der Kapptruppen, auch im Ruhrgebiet, wird durchgeführt. General Watter gehört jedoch nicht zu den reaktionären Offizieren, sondern hat sich nachweisbar in lokaler Weise hinter die Reichsregierung gestellt. Die Entfernung der wirklich reaktionären Offiziere wird erfolgen. Die Truppenbewegungen werden eingestell. Voraussetzung ist, daß die Ablehnung der Räteverwaltung nicht nur versprochen, sondern auch in die Tat umgesetzt wird, daß besonders die verfassungsmäßigen Organe und Behörden wieder in ihre Rechte eingesetzt werden, die Arbeiter die Waffen niederlegen und zur Arbeit zurückkehren. Die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen ist unerlässlich. Andernfalls ist die Reichsregierung außerstande, Nahrungsmittel von der Entente oder Holland zu erlangen, oder das Einrücken der Entente zu verhindern. Am Dienstag werden zwei Minister des Reiches und Preußens im dortigen Revier den Standpunkt der Regierung darlegen.

Beendigung der Kämpfe in Halle.

Halle, 23. März. (W.B.) Die Kämpfe in und um Halle sind in der Nacht zum Dienstag beendet worden. Das Militär ist wieder Herr der Lage. Am Sonntag wurden am Marktplatz nach Einbruch der Dunkelheit die Hauptangriffe der Arbeiter abgeschlagen. Am Montag und in der Nacht zum Dienstag kämpften die Truppen die Glauchauer Vorstadt und das Viertel am Hettstädter Bahnhof. Die Arbeiter sind aus der Umgebung von Halle abgezogen. Das Wasserwerk ist noch außer Betrieb. Das Elektrizitätswerk und das Gaswerk arbeiten wieder. Heute morgen wurde der Personenverkehr nach Berlin beschränkt wieder aufgenommen. Die Straßenbahn verkehrt noch nicht. Ueber die Frage der Fortdauer des Generalstreiks soll heute nachmittag in mehreren Versammlungen der Arbeiter abgestimmt werden. Die Zeitungen können wegen des Buchdruckerstreiks nicht erscheinen, doch wird ein Mitteilungsblatt für die Bevölkerung herausgegeben.

Die Lage in Thüringen.

Kassel, 23. März. (W.B.) Bericht über die Lage im Bereich der Reichswehrbrigade XI: Eisenach: Seit gestern ist eine planmäßige Durchsuchung nach Waffen im Gange. Verdringende Patrouillen erheben aus Teulleben, Weingarten und Korbach Maschinengewehre. — Gotha: In der Stadt herrscht äußerlich Ruhe. Die Kufänger requirieren auf dem Lande mit der größten Rücksichtslosigkeit. Oberst dient als Lager für Organisations von Aufständischenverbänden. Die Dienstpflicht für alle Männer von 20-25 Jahren ist eingeführt. — Erfurt: Die Lage ist unverändert. — Sömmerda: Die Kufänger sollen Verhaftung erhalten haben. — Koburg: Die Kufänger wurden durch Reichswehrtruppen besetzt. In der Stadt herrscht Ruhe.

Der neue bayerische Ministerpräsident.

München, 23. März. (Privat-Teil.) Ueber den neuen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Nahr schieben die „Münch. Neuest. Nachr.“ u. a. folgendes:

Dr. v. Nahr ist von Hause aus und auch aus seiner ganzen Tätigkeit heraus ausgesprochenes Sozialist. Er hat schon durchaus sozialistische Ansichten, vertritt er die alte Tradition des Sozialistenbundes, der sich von alter Politik absetzt und mit Eifer und mit Aufsehen die neue Politik vertritt. Dr. v. Nahr ist die Verkörperung eines Sozialisten vornehmlich im Sinne des Wortes. Er ist ein Sozialist, in dem auch die politische Führung durch den Ministerpräsidenten liegt. Er ist ein Sozialist, der die neue Aufgabe gewachsen sein wird, auch erst die soziale Zukunft sehen. Obwohl Sozialist, hat ihn die bayerische Sozialpartei, wie sich das Zentrum jetzt nennt, präsentiert. Damit hat es auch zugleich für seine Verbindungen die politische Verantwortung übernommen. Es sind hinreichende Garantien für das Zentrum in der Person des Herrn v. Nahr gegeben, daß es diese politische Verantwortung übernehmen kann. Die Gefahren, die darin für die Ministerpräsidentenschaft des Herrn v. Nahr liegen, dürfen nicht unterschätzt werden. Von der Bewältigung dieser Gefahren, hängt die Lebensfähigkeit des neuen bayerischen Ministeriums ab.

Die Kommunisten.

In Mannheim fand letzter Tage eine von ungefähr 150 Kommunisten von hier und anderen Städten des Landes besuchte Kommunistenkonferenz statt, auf welcher die erst jüngst freigelassene Latatorin Frau Rosa Wolfstein und ein Arzt namens Stern Rekrute hielten und dabei scharfe Kritik an der Regierung übten. Nach dem Bericht der „Volksstimme“ sollen die revolutionären Arbeiterräte weiter ausgebaut und gefördert werden. Ein Delegierter aus Forzheim erklärte, daß man auf Forzheim nicht rechnen könne. In Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg sei aber alles zum Vorschlagen bereit.

Die Frage der Bezahlung der Streiktage.

M. Köln, 24. März. (Privat-Teil.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Der Vollzugsrat hat im Interesse der allgemeinen Ruhe und Sicherheit die Unternehmer ersucht, die Streiktage voll zu bezahlen. Manche Unternehmer werden wegen Mangeln der nötigen Mittel diese Zahlungen nicht leisten können. Unabhängig von der Errichtung einer ständigen Sicherheitswehr nach einer Mitteilung des Volkes der Unabhängigen die Bildung einer Roten Armee auch in Düsseldorf vor sich, die ein Organ für sich und bestimmt sei, etwa bevorstehende Gegenstände der reaktionären Truppen abzuwehren.

M. München, 23. März. (Privat-Teil.) Im Münchener Stadtrat wurde gestern nachmittags über die wichtige Frage der Bezahlung der Streiktage beraten. Der Referent, Reichsrat Dr. Conrad, stellte nach längeren Ausführungen den Antrag, eine sachliche Entscheidung in der Frage nicht zu fällen, sondern sie dem Reich zu überlassen, weitere Lohnauszahlungen aber vorerst nicht vorzunehmen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stellte der Referent den Eventualantrag, eine sachliche Entscheidung dahin zu treffen, daß die Streiktage von der Stadtgemeinde nicht bezahlt werden.

In außerordentlich ausgedehnten Ausführungen nahmen die Vertreter der Stadtratsfraktionen Stellung zu den politischen Vorgängen der letzten Tage. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen gaben übereinstimmend ihren Willen zur Ablehnung der Forderung nach Bezahlung der Streiktage kund, während die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien für die Bezahlung eintraten.

Im Verlaufe der Debatte kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen Stadtrat Hübsch und dem mehrheitssozialistischen Stadtrat Kufbauer, wobei letzterer die Ausführungen des Redners Hübsch als bewußt unehrlich und demagogisch bezeichnete. Hübsch antwortete darauf in einem kurzen Ausbruch einen unverkennbaren Keck. Nun gab es bei den sozialistischen Parteien einen solchen Sturm, daß die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wies Bürgermeister Schmidt die auf beiden Seiten geäußerten Beleidigungen zurück. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahmen noch mehrere Redner das Wort. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde über die Anträge zur Abstimmung geschritten, deren Zahl sich inzwischen um je einen der Reaktion der bürgerlichen Sozialpartei, der Reichssozialdemokraten und der U. S. P. vermehrt hatte. Als weitestgehender Antrag wurde mit 25 Stimmen der Sozialisten gegen 24 Stimmen der bürgerlichen Fraktionen der Antrag der Reichssozialisten angenommen, die Bezahlung der Streiktage und die Bezahlung der Beamten, Angestellten und Arbeiter ohne jeden Vorbehalt vorzunehmen. Es soll bei der Reichsregierung beantragt werden, für diese Auszahlung Ersatz zu

Leihen und diesen Erfolg auch den Arbeitgebern zu gewähren, wenn sie für die Streikende Zahlung geleistet haben oder leisten werden. Weiter wurde ein Antrag der U. S. P., der Stadtrat solle den am Generalstreik Beteiligten, die zum raschen Sturz der Gegenrevolution beitragen, Dank und Anerkennung aussprechen, in den legislativen Stimmungen gegen die der bürgerlichen Parteien angenommen. (1) Mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen und der bürgerlichen Parteien wurde gegen jene der U. S. P. folgender Antrag angenommen: Der Stadtrat ist zu allen Dank und Anerkennung aus, die mitgewirkt haben, die Reaktion niederzuringeln und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Das Eingreifen der Militären.

m. Köln, 24. März. (Priv. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Benrath: In einer gemeinsamen Besprechung der Gemeinderatsfraktionen sowie von Vertretern sämtlicher politischer Parteien und des Aktionsausschusses teilte, wie die „Düsseldorfer Volkszeitung“ meldet, der Vertreter der belgischen Besatzungsbehörden in knapper Form folgende Bedingungen seiner vorgelegten Behörde mit: Ruhe und Ordnung, keine Störung in den Betrieben, keine Störung der Verwaltungen, Anerkennung der Befehle des Deutschen Reiches im besetzten Gebiet. Ferner gab er folgende Repressionsmaßnahmen gegen Verstöße gegen diese Bestimmungen bekannt: Besetzung Benraths, Belagerungszustand und wahrscheinlich Blockade für das besetzte Gebiet und ganz Deutschland.

Mainz, 23. März. Marshall Koch forderte nach längeren Beratungen mit den Offizieren der besetzten Gebiete den Obersten Rat auf, durch gemeinsame Aktion die kommunistische Krisis in Deutschland zu beseitigen. Deutschland würde sich sonst in kurzer Zeit außerstande erklären, den Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrages nachzukommen.

Paris, 23. März. (W. B.) Der Völkerbundsrat ist heute nachmittags unter dem Vorsitz Millerands zusammengesessen. Der Sitzung wohnten Marshall Koch sowie militärische und marine Sachverständige der Alliierten bei. Die Konferenz befaßte sich mit militärischen Gutachten über die Lage in Deutschland.

Holland stellt die Milchlieferungen ein.

m. Köln, 24. März. (Priv. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Gellenkirchen: Aus mehreren Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks wird gemeldet, daß die holländischen Milchzüge, die tausende von Litern Milch für Kinder und Frauen brachten, in den letzten Tagen ausgeblieben sind. Holland wird die Lieferungen erst nach Wiedereintritt geordneter Zustände aufnehmen.

Verächtliches Treiben.

In dem Treiben gegen unser Blatt wollten auch die „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ das ihrige tun. Sie behaupten, wir hätten uns in den Tagen des Kapp-Putsch „unverfrorenbar von der Regierung Ebert-Bauer abgewandt“, und hätten uns, nachdem Herr Kapp verurteilt, wieder auf die Seite der bisherigen Regierung gestellt. Wir hätten uns mit dem Gewächsgarnicht befaßt, wenn nicht die Neue Badische Landeszeitung und die Volksstimme in Mannheim es für angemessen gehalten hätten, es ihren Lesern vorzuführen. Wenn das Heidelberger Blatt es nicht wußte, die beiden Mannheimer Blätter wußten es, daß wir niemals auf Seiten der Regierung Ebert-Bauer gestanden, daß wir uns also wohl nicht gut von ihr abwenden konnten; ebenso wußten sie, daß es uns nicht eingefallen ist, unsere Opposition gegen die Koalitionsregierung aufzugeben und uns „wie“ er auf die Seite der bisherigen Regierung zu stellen. Daß wir dem Untertanen Kapps von Anfang an ablehnend gegenüberstanden, haben wir im gefragten Mitteilungsblatt nachgewiesen. Ergänzend möchten wir noch erwähnen, daß wir bereits in unserer ersten Stellungnahme vom 14. März als eine notwendige Folge des Putschs den steigenden Einfluß der U. S. P. vorausgesagt haben. Daß wir, ausgerechnet um solcher voraussehender Wirkung willen ein besonders freundliches Gesicht zum Kapp-Putsch gemacht haben sollten, kann nur ein besonders bössartiger Narr glauben oder andere Narren glauben machen.

„Schlangentartige Bewegungen“ anderen zum Vorwurf zu machen, stellt der Presse einer Partei besonders gut zu Gesicht, die im November 1918 den gewalttätigen Umsturz der Staatsordnung als gewalttätige Revolution pries, bei dem Aufruf damals nichts als Genugtuung und Freude atmeten und die wenige Monate später, als die Folgen sichtbar wurden, die Revolution als das „furchtbarste Unglück“ hinstellte, das über Deutschland gekommen ist.

Es ist eine glatte Unwahrheit, wenn man, wie die genannten Blätter, uns irgendwelches Abschwenken zu Kapp und Genossen in die Schuhe schieben will — ein Treiben,

Achte musikalische Akademie.

Beethoven's neunte Symphonie mit dem Schicksal über Schillers Ode an die Freude, Blumen und Kranz, Jubel und Abschied von der musikalischen Welt, die Akademie. Herr Wilhelm Kurtzwöger wird klavierspielerisch unsern Kunstleben nur noch als Gast anwesend, und so gehen unsere Gedanken rückwärts bis zum September 1913. Wenn dabei kamen Weg hat der Symphoniker Kurtzwöger zurückgelegt, von seiner britischen Quartette zu Beethoven's „Leonore“ mit allen Extravaganzen unserer Zeit, von der 8. Symphonie des Meisters zur „Neunten“! Die Aufführung selbst hat mein Kollege damals ausführlich besprochen, es bleibt daher meiner Feder nur übrig, das Schicksal des Trianten zu umreißen, der heute zu der schönsten musikalischen Arbeit Beethoven's Auslegung und seiner unübertroffenen Fähigkeiten erblüht ist. Welche Fortschritt hat das Meisterwerk unserer Nationaltheater in und durch die Akademie gemacht, das große Wagnis insbesondere erlösen und in einer musikalischen Welt, die nur aus einem inneren Erlebnis des Trianten zu erklären ist.

Am Ende jeder Akademie erhebt sich dankbar alle Kategorie zu danken, die den letzten Abend gestaltet haben: das in vorzüglicher Absorption wirkenden Orchester, das letzten Chores (aus dem Musikverein und Musikern des Lehrerseminars zusammengefasst), des Solosolisten Friedrich Müller, Johanna Böhme, Max Altmann, Wilhelm Henzen und des Dirigenten, den der Jubel umgibt.

(S. B.): Arthur Blau.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Opernbesprechung. Die heutige Aufführung der Ventonime „Der Gott und die Bajadere“, welche außer Mitte 21 mittleren Rollen enthält, beginnt um 7 Uhr. — Die Hauptrollen im „Falestina“ sind mit den Herren Walter Gähner, Braun (Polkheim), Hans Fehling (Baron), Heinrich Tinner (Baron), Paul Rubin (Roganz), und den Damen Elise Fehling (Gehina), und Emma Gerold (Ella) besetzt. Die Oper wird vom Intendanten in Szene gesetzt, die musikalische Leitung hat Wilhelm Kurtzwöger. Die Regie führt Herr Hans Gerold. — In der Oper „Die Frau“ sind außer den drei Hauptrollen von „Willa Frau“ sind außer Maria Weir (Lilipol), Walter Loh (Willy), Alexander Bötz (Stephan) und Hans Kähler (Herrschhausen) in weiteren Hauptrollen noch Fritz Albert (Dr. Mahrenholz), Helene Bodenbusch (Trude)

gleich verächtlich vom Standpunkt politischen Aufstandes wie von dem journalistischer Standesethre. Das System allerdings, aus dem der Radikalismus der Ostelbier wie der der U. S. P. sich nähre, werden wir nicht aufhören zu bekämpfen, wie wir nicht aufhören werden Kritik zu üben an den Zuständen, wie sie sich unter der Herrschaft der Parteien herausgebildet haben, die die „gewalttätige Revolution“ tätigen. Daß wir uns da in sehr guter Gesellschaft befinden, haben die von uns gestern wiedergegebenen Äußerungen des demokratischen Ministers Dietrich beleuchtet. Er — nicht wir — hat gesagt, daß mit Leuten, die auf den Wilson-Schwindel hereingefallen seien (siehe dazu das Telegramm der demokratischen Partei am Wilson vom 27. November 1918) ernsthafte Politik nicht zu machen sei. Damit schließen wir vorläufig die Diskussion.

Baden.

Die neue Gemeindeordnung.

Dem Landtag ist neben der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung vorgelegt. Der Ausschuss des Landtags für Rechtspflege und Verwaltung befaßt sich in seiner Sitzung am Dienstag, die Verwirklichung über den Entwurf mit Rücksicht auf dessen Umfang auf drei Abgabegruppen zu verteilen, und beheimatete als Protokollunter die Abg. Sed. (Soz.), Dr. Lefter (Zem.) und Straub (Zem.).

Die Beratung des Landwirtschaftsministeriums.

Karlsruhe, 24. März. In der gestrigen Sitzung setzte der Landtag die Beratung der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung fort. Mit 10 Zentrum- und Landdemokratischen gegen 4 Stimmen wurde beschlossen, daß die Landwirtschaftskammer, wenn sie sich auf solchen Gebieten bewegen will, auf denen der Staat die Fürsorge ausübt, der Genehmigung des Landtags bedürftig ist. Nach einem weiteren Bericht muß die Landwirtschaftskammer vor der gesetzlichen Regelung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten mit ihrer gesetzlichen Regelung gehört werden; bei einer lediglich behördlichen Regelung sollte dieses Gutachten nur soweit in Betracht kommen. Unter den 7 (bisher 6) Berichtsmitgliedern und ebenfalls Berichtsmitgliedern wußten sich fünfzig je ein Vertreter des nichtstaatlichen Waldbesitzes u. je zwei Vertreter der Arbeitnehmers befinden.

Russland.

Judenisch will eine neue Armee bilden.

London, 23. März. (Fig. Draht.) Die „Morningpost“ meldet aus St. Petersburg, daß der am 20. März nach Paris abgereiste General Judenitsch erklärte, er beabsichtige die Bildung einer neuen Armee zur Eroberung von Petersburg.

Schwere Unruhen in Dublin.

London, 23. März. (W. B.) Nach Blättermeldungen aus Dublin ist es dort neuerdings zu schweren Unruhen gekommen. In der Nähe der Kaserne von Port Row erstreckte sich ein Zusammenstoß zwischen dreihundert Soldaten und einer starken Menge, die ihnen gefolgt war. Es fielen mehrere Schüsse, wodurch zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Churchill über die militärische Lage Englands.

London, 24. März. (Fig. Draht.) Im Unterhause steht die Frage der Landesverteidigung zur Sprache. Churchill erklärte: Um eine enge Verbindung von Armee und Marine herzustellen brauche man ein Offizierskorps, das imstande sei, den Krieg in seiner Gesamtheit, nicht allein vom militärischen oder vom maritimen Standpunkt aus zu führen. Der Kriegsmilitär ist entscheidend, mit allen Kräften die Schaffung eines geeigneten Generalstabes und eines zugleich maritimen und militärischen Kollegiums anzustreben. Die militärische Lage sei jetzt sehr ernst.

Churchill erinnerte an Ägypten, an Palästina, an die Befreiung Syriens durch die Franzosen und an die darauf folgenden Kämpfe mit den Arabern. Die Lage sei nicht nur die französische Zone, sondern die auch die Franzosen zu Vorstoßmaßnahmen, ferner erinnerte Churchill an Konstantinopel, an Mesopotamien und an die Lage in den an die ehemalige Osmanische Reich angrenzenden Ländern. Die Lage nötige die Engländer in diesen Gebieten starke Truppenverbände zu halten. England könne nicht sorglos Mesopotamien besetzt halten und dafür 15-20 Millionen Pfund Sterling abgeben. Die britische Politik, die in anderen Teilen der Welt so große Erfolge errungen hat, darf in Mesopotamien nicht fahrlässig eingeschlagen. In Sudan hat Großbritannien beifolgende nur ein Bataillon weißer Truppen, und unter jenen Soldaten in Westafrika hat es nicht einen einzigen Weißen. Das ist England nicht gehindert, nach und nach ganze Länder zu unterwerfen und so eine starke Kontrolle über ungeheure Landstriche dieser Gebiete auszuüben.

Die Haltung der Alliierten gegenüber der Türkei.

Carriavon, 23. März. (W. B.) (Hauptstadt.) Bei dem Empfang der Abgeordneten des indischen Reichstages, die unter der

und Wilhelm Egger (Schimmelmann) bündelt. — Die Besetzung des Schwanzes „Der Liebesdrang“ von Franz Weidling, der morgen in den Spielplan aufgenommen wird, ist die gleiche der ersten Aufführung vom Dezember 1918. Die Hauptrollen spielen Kasari Corillon (Herr Kogelshin), Elise de Lent (Märchen), Rose Busch (Katharine), Walter Loh (Herr Schmeißing), Ludwig Schmitz (Herrlein) und Grete Berner (Lilipol).

Neumann-Hohle-Wend. Wir werden nochmals auf die empfehlenswerte Veranstaltung, die heute Mittwoch, 24. März im Beethovenhaus des Hofes stattfindet.

Sternwarte. Heute Mittwoch, 24. März, halb 8 Uhr spricht in der Harmonie für die Mitglieder der Sternwarte der bekannte Sozialpolitiker Dr. Robert Einke über Senglers vortragsreden über „Der Untergang des Abendlandes“.

Konzert Hilfer-Blecher-Dehler. Wir werden nochmals auf den heute abend halb 8 Uhr im Kasinoaal stattfindenden Klavier- und Vokalabend der drei bestbekanntesten Vertreter der Hochschule für Musik. Hilfer wird u. a. vier Lieder von Robert Schumann singen, die der Komponist selbst am Flügel begleiten wird.

Freie Bund — Akademie für Jüdischen. Am Mittwoch, 24. März spricht Dr. G. H. Harlaub für die Angehörigen der Weltkammer II und am Donnerstag, 25. März für die Angehörigen der Weltkammer I über „Die Kunst des Islams“. Mit der islamischen Kultur, die sich von Indien bis nach Spanien ausdehnt hat, betreten wir die Welt des orientalischen Morgenlandes mit all seinen Bräunen und Wüsten, deren besondere Art auch in der bildenden Kunst dieses Kulturkreises — in den phantastischen Motiven und Minareten, in den prächtigen Teppichen, in der edelmännischen Schmuckweise der Araber — ihren Ausdruck gefunden hat. Herrliche Lichtbildaufnahmen aus allen Teilen der islamischen Welt sollen die zusammenfassenden Darstellungen des Redners begleiten.

Vermischtes.

Nach ein Generalintendant gesucht. Im hiesigen Landeshaus in Darmstadt hat sich die Entscheidung der Verwaltung für die Ober-Schauspiel und Verwaltung nicht zu bewähren. Der nur für die laufende Saison unternommene Versuch mit diesem System soll daher abgebrochen werden und es wird der Vollen eines Generalintendanten zur Aufstellung gelangen.

Führung von Mohammed Ali steht, gab Lord George eine Erklärung über die Politik der Alliierten gegenüber der Türkei ab, in der er u. a. sagte: Wir sind in diesem Krieg nicht als Kreuzfahrer gegen den Islam gezogen. Ich verstehe nicht, daß Mohammed Ali verlangt, wir sollen die Türkei schonen. Oesterreich wurde Berechtigtheit zuteil; warum sollte die Türkei frei ausgehen? Warum verurteile sie, uns in den Kampf um Leben und Tod, in dem für die Freiheit der Welt geführten Kampf hinterrücks zu erböden? Ich wünsche, daß die indischen Mohammedaner sich recht klar machen, daß wir die Türkei nicht mit Strenge behandeln, weil sie mohammedanisch ist. Wir wenden auf die Türkei lediglich denselben Grundsat an wie auf das große christliche Gemeinwesen Oesterreich, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes. Die Araber haben ihre Unabhängigkeit gefordert, Ferial zum König von Arabien ausgerufen und verlangt, sie von der türkischen Herrschaft zu befreien. Es wird vorgeschlagen, die Araber unter der Herrschaft der Türkei zu belassen, nur, weil sie Mohammedaner sind. Wir geben Kroatien auf keinen Wunsch die Freiheit. Sollten wir den Arabern etwa aufzwingen, was wir nicht einmal im Traum dem christlichen Gemeinwesen zumuten würden?

Die Lage in Konstantinopel.

Paris, 23. März. (W. B.) Nach einer Handschrift aus Konstantinopel vom 19. ds. Mts. wurde, wie bereits gemeldet, der ehemalige Marineminister Reuf Bey in der Kammer verhaftet, mit zwei weiteren Deputierten auf ein englisches Kriegsschiff gebracht und nach Malta übergeführt. Mustafa Kemal Pascha soll erklärt haben, daß bewaffneter Widerstand allein eine Umgestaltung der Friedensvertragsklauseln zugunsten der Türkei herbeiführen könne. Die Deputierten haben dem Ministerium Salih Pascha ihr Vertrauen ausgesprochen und es gebeten, in diesem schwierigen Augenblicke nicht zurückzutreten.

Noch keine Wiederaufnahme der Besatzungen Belgiens in Deutschland.

Brüssel, 23. März. (W. B.) Die belgische Gruppe des Interparlamentarischen Verbandes hat es in der Diskussion über die Einleitung zweier Delegationen für die am 10. April im Haag stattfindende Versammlung des Verbandes für die belgische Gruppe nicht für nötig erachtet, die Beziehungen zu den Deutschen wieder aufzunehmen, solange Deutschland nicht zum Vorkriegsstand zurückgekehrt ist. Diese Entscheidung ist angenommen worden, weil bei der letzten Sitzung in Genf der belgische Delegierte durch die Gegenwart der Deutschen gezwungen war, sich der Diskussion zu enthalten.

Letzte Meldungen.

Waffenstillstand im Industriegebiet.

Düsseldorf, 24. März. (Priv.-Tel.) In der angekündigten in Bielefeld gestern abgehaltenen Besprechung zwischen den Oberbürgermeistern und den Bezirkskommissaren des rheinisch-westfälischen Industriebezirks einerseits und den Vertretern der Regierung andererseits, erklärte Reichsminister Severing, daß sich im Industriegebiet eine oberste Kampfzentrale gebildet hat, welche sich nicht in den Händen des Militärs und der Republik befindet, sondern den Bestimmungen der Verfassung zuwiderlaufend, eine Diktatur des Proletariats erstrebt.

Die Frage der Stunde sei die, wie Mittel und Wege ausfindig gemacht werden könnten, um dem Blutergießen Einhalt zu gebieten. Wie kommen wir wieder zu geordneten Verhältnissen? Es gibt drei Wege: 1. daß die Waffen abgeliefert werden, 2. daß die Volksgüter auf das ordentliche Maß eingedrängt werden und 3. daß Angriffe auf die ordentlichen Verwaltungsbehörden unterbleiben.

Gedacht alles dies nicht, dann fürchtet Severing, daß unser Industriegebiet der Schauplatz allerhöchster Kämpfe sein werde. Man wird uns von Bedingungen sprechen, so äußerte Severing, man kann aber der Regierung keine Bedingungen stellen. Sie hat nicht mit Kapp und Genossen verhandelt und kann auch nicht mit der Obersten Kampfzentrale für das Industriegebiet verhandeln.

Als Vertreter der Reichsregierung sprach Reichsminister Giesberts: Die Truppen im Industriegebiet stehen vollständig auf unserer Seite und die Maßnahmen, die auf unserer Seite zu halten, werden sie in den nächsten Tagen erfahren. Es darf kein weißes und rotes Kreuz, sondern nur noch republikanische Truppen dort geben. Wir sind gewillt, die Fortschritte, die wir seit der Revolution und der Entwertung der Verfassung erreicht haben, zu verteidigen.

Landwirtschaftsminister Braun erklärte: Ich kann Ihnen mitteilen, daß, solange das verfassungswidrige Regime besteht, kein Jota Lebensmittel in das Industriegebiet geschickt wird und ich bitte auch davon Kenntnis zu nehmen, daß der holländische Gesandte in Berlin im Ausdrücklichen Um die Erklärung abgegeben hat, daß die holländische Regierung ebensowenig eine Regierung Kapp, wie einer Regierung von Kommunisten, die gleichfalls die Verfassung nicht achten, Lebensmittel liefern wird.

Nach längeren Verhandlungen erklärte Severing: Was was mit der Verfassung im Einklang zu bringen sei, sei in dem Berliner Abkommen parat. Darüber könne keine Unklarheit mehr bestehen, daß unser Sicherheitswesen gänzlich umgestaltet werden müsse und zwar sofort.

Das Ergebnis der Verhandlungen war die Einleitung eines 14tägigen Ausschusses. 10 Vertreter aller politischen Richtungen (mit Ausnahme der Reichsparteien) und der Generalkommission, ferner Abgeordnete der Staatsparlamenten sind zu ernennen. Der Ausschuss hat in einer Sitzung eine Einigung dahin erzielt, daß mit sofortiger Wirkung ein Waffenstillstand abgeschlossen werden soll. In einer Erklärung dazu heißt es: Die Gruppe der Reichsparteien wird nämlich der Spitze, die Gruppe Minister legt mit dem rechten Flügel dicht bei Minister und nicht von Wülfen. Kein Soldat steht sofort südlich, daß, falls der Gegner keine Bewegung einhält, es keine oder Worten zu Zusammenstoßen kommen kann.

Die Arbeitstruppen sind zurückzunehmen ähnlich der Spitze. Die Arbeitstruppen bleiben dort ungeschädigt von Reichswehrtruppen. Die Wehren rücken in ihre Standorte ab. Für diese Aufgaben sind 24tägige Kündigungsfrist. Es tritt sofort in Kraft. Reichsminister Severing bezeichnete zum Schluß das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen als mager, aber dennoch als ein Erfolg, weil vorläufig weiteres Blutergießen Einhalt gehalten sei.

Heute morgen sind die Verhandlungen in dem Ausschuss fortgesetzt worden.

Die Kreiswahlen in der Pfalz.

München, 23. März. (Priv.-Tel.) Die Kreiswahlen in der Pfalz sind nunmehr auf den 18. April ausgeschrieben worden. Es sind 30 Vertreter nach der Verhältniswahl zu wählen. Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens 3. April eingeleitet sein.

Rom, 23. März. (W. B.) Zur Adria-Frage erklärte Stitti: Wir wünschen im vollen Einvernehmen mit Frankreich und England zu handeln. Damit Italien mit der rechten Freiheit handeln kann, muß die Adria-Frage gelöst werden. Wir werden niemals den Inseln etwas fordern, was Unrecht ist oder scheitern könnte. Wenn die Grenzfrage gelöst ist, können wir mittels Handelsverträgen und anderen kulturellen Beziehungen uns von neuem Jugoslawien nähern.

Aus Stadt und Land. Bürgerausschussvorlagen.

Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses findet am Freitag, den 26. März, statt und wird möglichenfalls am Samstag fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stehen 18 Punkte, an der Spitze die Änderung der Luftfahrtsordnung, die in der am 2. März stattgefundenen Sitzung an eine gemischte Kommission verwiesen wurde.

Neuordnung der Feuerungsbezirke der Zuhilgenossen und Hinterbliebenen.

Stadtratsbeschluss: 1. Sämtliche juristische Beamte, Arbeiter und Theaterbediensteten sowie die Witwen erhalten vom 1. Januar 1920 ab anstelle der bisherigen Beihilfen neben einem Versorgungsbezug — wie er sich aus dem Friedensgehaltssatz errechnet — eine jederzeit widerrufliche Zusatzbeihilfe in folgender Höhe: verheiratete und diesen gleichgestellte Zuhilgenossen jährlich 3000 Mk., ledige, verwitwete oder geschiedene Zuhilgenossen jährlich 2000 Mk., Hinterbliebenen 3000 Mk. Anstelle der bisherigen Hinterbliebenen- und Zuhilgenossenbeiträge wird vom 1. Januar 1920 ab ein Kinderbeitrag von jährlich 500 Mk. für jedes versorgungsberechtigte Kind gewährt.

Begründung: Die Feuerungsbezirke der Zuhilgenossen und Hinterbliebenen waren nur für das Jahr 1919 genehmigt und sind durch Beschluss der städtischen Kollegien einmündig auf das Jahr 1920 als vorläufige übernommen worden.

Der Stadtrat hat die Beschlüsse der städtischen Kollegien vom 1. Januar 1920 genehmigt. Es erhalten demnach die Zuhilgenossen jährlich 3000 Mk., die Witwen 4000 Mk. für die Hinterbliebenen die demnach bestimmten Zulagen von 1800 Mk. für das erste und zweite Kind, 1200 Mk. für jedes weitere Kind usw. In der Kurze werden die Beschlüsse der städtischen Kollegien vom 1. Januar 1920 genehmigt. Es erhalten demnach die Zuhilgenossen jährlich 3000 Mk., die Witwen 4000 Mk. für die Hinterbliebenen die demnach bestimmten Zulagen von 1800 Mk. für das erste und zweite Kind, 1200 Mk. für jedes weitere Kind usw.

Der Stadtrat hat die Beschlüsse der städtischen Kollegien vom 1. Januar 1920 genehmigt. Es erhalten demnach die Zuhilgenossen jährlich 3000 Mk., die Witwen 4000 Mk. für die Hinterbliebenen die demnach bestimmten Zulagen von 1800 Mk. für das erste und zweite Kind, 1200 Mk. für jedes weitere Kind usw.

Aufnahme eines Darlehens in Schweizer Fremdw.

Der Stadtrat hat beschlossen, zur Bedeckung von Fremdwährungsverbindlichkeiten der Stadt ein zu 5 Prozent verzinsliches Darlehen von 200.000 Schweizer Franken aufzunehmen. Über die Tilgung des Darlehens bleibt die Entscheidung an späterer Zeit vorbehalten. Zur Begründung der Vorlage wird folgendes ausgeführt: Das städtische Vermögen befindet sich zum 31. Dezember 1919 in einem sehr ungünstigen Zustand. Die städtischen Einnahmen sind durch die allgemeine Wirtschaftslage sehr vermindert worden. Die städtischen Ausgaben sind dagegen sehr stark gestiegen. Die Stadt hat sich daher gezwungen gesehen, ein Darlehen von 200.000 Schweizer Franken aufzunehmen. Das Darlehen wird zu 5 Prozent verzinst und ist über 10 Jahre zu tilgen. Die Tilgung wird durch die städtischen Einnahmen gedeckt. Die Aufnahme des Darlehens ist notwendig, um die städtischen Verbindlichkeiten zu bedecken und die städtische Verwaltung zu ermöglichen.

Berufung der Benz-Angestellten.

Gestern nachmittag fand im überfüllten Aldershofsaal eine vom Angestelltenausschuss der Firma Benz einberufene Angehörigerversammlung statt, an der auch Vertreter der Arbeiterkammer teilgenommen waren. Die Versammlung leitete der Vorsitzende des Herrn Brüggemann, der nach eingehenden Ausführungen des Herrn Bredemeyer, des Revolutionsrats, die Angehörigen der Firma Benz einberufen hat. Herr Schwanninger, überließ, Herr Schwanninger machte sehr viel Beifall von dem Herrn Bredemeyer im Hinblick auf die Tatsache, dass der heutige Kampf geht darum: Gemeinwirtschaft oder Privatwirtschaft. Die revolutionären Betriebsräte wollten gar nichts anderes, als den Arbeitern die wirkliche Gleichberechtigung bringen. Wenn man sich an dem Wort 'revolutionär' stoße, so kann man es auch umgekehrt verstehen, revolutionär heißt es sich genant, weil es eben die derzeitigen Betriebsverhältnisse und das Wohl der Arbeiter zu berücksichtigen ist. Die Arbeiter wollen den Frieden, die Solidarität, die die Arbeiter schon den Arbeitern bewiesen, sei es bedauerlich, dass die Arbeiter in der Arbeiterkammer in den Händen gefallen sind und von dem Teil der revolutionären Arbeiterkammer, der nicht in die Betriebe gegangen, weil sie nicht funktionieren können und weil nur Arbeit uns retten könne. Die Arbeiterkammer ist nicht in die Betriebe gekommen. Schließlich sei der Arbeiter der letzten Dritte. Reiner der Arbeiter dürfe sich im Bedenken etwas zu schaden tun lassen, wer stelle, der werbe hin-

ausgeworfen. Wenn die Angestellten die durch die revolutionären Betriebsräte vertretenen Arbeiter in ihrem Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Betrieben unterstützen wollten, so seien sie willkommen, wenn nicht, so hätten sie ihr Tun vor der Geschichte zu verantworten. Die Arbeiterkammer müsse wenigstens eine Abschlagszahlung auf den verdienten Lohn erhalten, was andernfalls keine, sei nicht voraussetzen. Die revolutionären Betriebsräte wollten keine Diktatur, so schloß die geduldig angehörte Rede, sondern Demokratie, wollten das Übergangsstadium zur Gleichberechtigung der Menschen.

Herr Brüggemann sprach unter Ausschaltung des Vorkommnisses als Angestelltenvertreter und wies den Vorwurf zurück, daß die Angestellten sich heute nicht als Arbeitnehmer fühlten, sondern zu den Unternehmern hinneigten. In der Betriebsversammlung hätten die Angestellten ihre Meinung kundgetan, man habe sie aber nicht gehört. Die Angestellten hätten keine Verantwortung, einen Weg mitzugeben, den sie nicht für richtig und erfolgreich hielten. Wenn der Vorkommnis auf die Mannheimer Arbeiter abgehoben habe, so sei zu erwägen, daß die Kämpfe um dieselben als abgeschlossen zu gelten hätten, nachdem das Betriebsratsgesetz Gesetz geworden. Das Wollen Schwanningers und der hinter ihm stehenden Männer sei gut, man müsse sich aber doch fragen, ob ein derartiger Kampf Aussicht auf Erfolg haben könne, und wenn man glaube, daß er aussichtslos sei, dann müsse man davon absehen. Auch die Arbeiterkammer habe auf einem großen Teil nicht mit. Eine Reihe von Betrieben hätte überhaupt keine revolutionären Betriebsräte.

Wenn eine derartige Bewegung Erfolg haben sollte, dann müßten alle Betriebe solche revolutionäre Betriebsräte haben. Für die Metallindustrie wäre z. B. ein Mangel des Bankgewerbes unumgänglich notwendig. Ein solcher Kampf könne nicht gegen einzelne Arbeitgeber, er könne nur gegen das Gesetz geführt werden. Arbeiten, die die Angestellten leisten würden, wenn sie jetzt dem Aufrechterhalten der Betriebsräte folgen und wieder in die Betriebe gehen würden, seien ungeschicklich und für die betr. Brief- oder Auftragsempfänger unerbittlich. Was nütze es, wenn die Angestellten Lohnmittel herausfordern würden und hätten nicht das Geld für die Lohnbedürfnisse (Jura Schwanningers: Das schaffen wir bei!) Wenn die Direktion eine Annullierung des Lohnes nicht zulassen würde, dann würden die Kollegen diese Arbeit tun, aber es würde sich wohl keiner finden, der Geld ausbezahlt, das nicht auf einwandfreie Weise beschafft werden sei. Die Arbeiter dürften eben nicht vergessen, daß die Kapitalgeber auch eine Meinung haben und in diesem Falle sei es eben eine andere. In der Angestelltenversammlung sei übrigens festgestellt worden, daß die Voraussetzungen für die Arbeit nicht gegeben seien, eine Reihe von Angestellten sei der Ansicht gewesen, es hätte sich lediglich um eine Aktion gegen die Reaktion gehandelt. Es läge der Angestellten fern, einen Keil in die Arbeiterkammer zu treiben. Am Montag seien die Angestellten zur Stelle gewesen, der Betrieb sei aber geschlossen gewesen und sie hätten vor vollendeter Tatsache gestanden. Sie hätten der Meinung der Direktion zu folgen, solange eine Direktion da sei. Mit dem Betriebsratsgesetz seien auch die Angestellten nicht zufrieden und sie kämpften um einen Fortschritt in dieser Richtung, aber sie begingen einen Weg, von dem sie glauben, daß er zum Ziele führe.

Trotzdem kam ein Vertreter der andern Seite der Arbeiterkammer zu Worte, Herr Kreis. Er verwahrt sich dagegen, daß man die Arbeiter, die mit den revolutionären Betriebsräten nicht einverstanden seien, Verrat an der Arbeiterkammer vorwerfe. Im Arbeitsausschuss hätten die Vertreter beider Minderungen zusammengearbeitet, wie es sich für gewerkschaftlich geschulte Arbeiter geziemend und Schwanninger selbst habe schon das öfter anerkannt, daß sie über schwere Klippen hinweggekommen seien. Was die überbrückenden Elemente am Ruder seien, da seien die tatsächlichen Lohnverhältnisse zu vergleichen. Wenn die U. S. V. Zukunft angeht, hätte man die gebotene Situation für die Arbeiter günstig gestalten können. Wenn man aber in diesen Angelegenheiten, wo die Reaktion der Regierung zuseht, auch von links gehen möchte, so sei das ein Verbrechen. Das Betriebsratsgesetz würde auch die nicht befristeten, aber man hätte einmal das auswirken lassen können, was es bietet. Der Betriebsrat müsse den Beweis erbringen, daß er zu dieser Aufgabe wirklich befähigt sei. Mit Umsicht müsse man sich dagegen wenden, daß die Betriebsräte radikalen politischen Gesichtspunkten nachwärtig, nur die Befähigung sollte entscheidend sein. Schwanningers Gegenüberstellungen verwechselten das Ziel mit dem Weg. Sein nachmaliger Appell an die Angestellten sei ohne Wirkung. Herr Schwanninger sieht einen Erfolg der revolutionären Betriebsratsbewegung darin, daß die Gewerkschaften auf die Regierung einen Druck ausüben haben und die Möglichkeit einer Umgestaltung des Betriebsratsgesetzes besteht. Nach dem Beschluss der Angestellten wird von ihnen die Arbeit noch nicht aufgenommen.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Mannheim

hat zu der Bewegung der 'revolutionären Betriebsräte' Stellung genommen. Er verwahrt sich, so hat er in einer geschickten Erklärung, die die Schaffung solcher 'revolutionären Betriebsräte' aus grundsätzlichen und auch aus tatsächlichen Erwägungen heraus. Die grundsätzliche Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes ist in der offiziellen Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes selbst gegeben. Diese Betriebsräte sind rechtliche Einrichtungen und können die Arbeitnehmer selbst. Sie sind fast ausschließlich wirtschaftlichen Gründen, weil das System einfach umzusetzen wäre, weil unsere Wirtschaft solche Einrichtungen vorsehen kann. Sie scheitern aber auch die ganzen sozialen Erwägungen der Arbeiterkammer und hindern den weiteren Ausbau des Betriebsratswesens. Sie können kein konkretes Verlangen haben, weil die gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Gesamtlage in Deutschland solche Einrichtungen nicht zuläßt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Mannheim, hält es daher für seine Aufgabe für unvereinbar mit den Grundgedanken des Gewerkschaftsbundes, sich an solchen durch Gewerkschaften einseitig durchgeführten Vorhaben und verlangt von seinen Mitgliedern, daß sie diese Bestrebungen weder unterstützen noch fördern, sondern gegen solche Einrichtungen unmissverständlich Stellung nehmen und stets gegen sie zu stimmen haben. Wer dies dennoch tut, stellt sich außerhalb des Gewerkschaftsbundes und hat die Forderungen daraus zu ziehen.

Postkassens. Infolge von Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb hat die Annahme von Wertbriefen und Paketen jeder Art nach Thüringen, dem Freistaat und der Provinz Sachsen, nach Schlesien, Berlin und darüber hinaus vorläufig eingestellt werden müssen.

Die Postkassens, Infolge von Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb hat die Annahme von Wertbriefen und Paketen jeder Art nach Thüringen, dem Freistaat und der Provinz Sachsen, nach Schlesien, Berlin und darüber hinaus vorläufig eingestellt werden müssen.

Die Postkassens, Infolge von Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb hat die Annahme von Wertbriefen und Paketen jeder Art nach Thüringen, dem Freistaat und der Provinz Sachsen, nach Schlesien, Berlin und darüber hinaus vorläufig eingestellt werden müssen.

„Meine Erfahrungen im Kleingarten“ sprechen. Der Vortrag, der im alten Rathaus stattfand, soll auch Gelegenheit geben zur freien Aussprache über dieses wichtige Thema, das in unserer jetzigen Zeit eine besondere Bedeutung gewonnen hat. Gölze sind willkommen. Eintritt frei. (Weileres Anzeigen.)

Das Fest der überenen Hochzeit

Das Fest der überenen Hochzeit (siehe heute Herr Karl Hartmann, Buchbindermeister, G. S. 8, mit seiner Gattin geb. Staler.

Dereinsnachrichten.

Die Hochgruppe Metallindustrie des Gewerkschaftsbundes der Angestellten hält heute Abend im Reichsanstalt, S. 6, 20, eine Versammlung ab, die sich mit den geistigen Verhandlungen wegen des neuen Metalltarifs beschäftigt wird. Da die Verhandlungen voraussichtlich zum Abschluss eines interimsistischen Tarifes führen und die Vorschläge der Arbeiterkammer für diese Form brauchbare Grundlage geben, so ist die Anwesenheit jedes Mitgliedes notwendig. (Siehe Anzeiger.)

Vergnügungen.

Städtische Konzerte im Hofgarten. Der Beginn für die im Frühjahr und folgenden städtischen Sonntagskonzerte im Hofgarten findet mit Rücksicht auf das Längerwerden der Tage auf 3 Uhr festgesetzt worden. Für den kommenden Sonntag sind, neben dem von Herrn Dellig dirigierten verstärkten Orchester, Frieda Corzina, die erste Soubrette des Mannheimer Stadttheaters, und Arno Landmann, der ausgezeichnete Organist der Mannheimer Ulrichskirche, als Solisten des Vokals in städtischen Konzerten vorgesehen. Weiterhin haben sich für diesen Abend die vereinigten Männergesangsvereine Vorwärts-Redaktion, Eintracht und Gesangsverein in einer Gesamtheit von etwa 100 Sängern als Mitwirkende zur Verfügung gestellt.

Spielplan des National-Theaters

Table with columns: Tag, Zeit, Vorstellung, and Neues Theater. Shows include 'Der Gott und die Bajadere', 'Der Liebestrank', 'Keine Vorstellung', 'Zum ersten Male: Willis Frau', 'Zum ersten Male: Palestrina', and 'Das Glück im Winkel'.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 23. März. Ein frecher Diebstahl wurde heute nacht im Friedrichshaus des Heidelberger Schlosses ausgeführt. Zwei wertvolle Gemälde, Jagdschlösser und Danauandacht darstellend, wurden von unbekannten Langfingern aus ihren Schränken gestohlen. Ein schwerer Verdächtiger wurde heute früh in der Person eines ledigen Korbhändlers aus der Kriminalpolizei in der Steingasse verhaftet. Er wurde schon lange gesucht, ist vielfach verurteilt und des Kirchenraubs und einer Reihe Fahrraddiebstähle überwiegen. Außerdem ist er auch eines Raubmordes, der i. J. im Bezirk Darmstadt begangen wurde, dringend verdächtig.

Schopsh. im 22. März. Eine Unternehmerrfirma hat die Gebäude der Tonwerke Schopsh. zum Abbruch für die Summe von 750 000 M. erworben.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Merxheim, 23. März. Der Schlosser Valentin Hock rettete unter Gefahr seines eigenen Lebens ein Kind, das von einem Schiffe in den eisernen Strom gestürzt war.

Nadensheim, 22. März. Bei einem hiesigen Kapitan wurden Wäsche, Kleider und Schuhe im Werte von 20 000 Mark gestohlen. Der Diebstahl verdächtig gemacht haben sich ein Mädchen und zwei Burschen, die auch seit der Zeit spurlos verschwunden sind.

Frankfurt, 20. März. Vor einigen Wochen erscheinend sich zwei Personen unter Vorlage gefälschter Papiere von einer hiesigen Seidenwarenfirma zwei Rollen Seide im Werte von 30 000 Mark und sieben d. e. Ware durch eine Fehlerhande vertrieben. Die Kriminalpolizei ermittelt jetzt in den hiesigen Arbeitern aus Heßborn den Anführer der großangelegten Diebstahlsaktion und verhaftete ferner als Helfer den hiesigen Arbeiter Krause aus Heßborn, die hiesige G. H. Krause aus Berlin und den hiesigen Händler Friedrich Brühl aus Hünfelden. Letzterer hat bei diesem Geschäft sowie Geld verdient, daß er nicht nur seine Hypothek entzogen, sondern auch größere Summen verzinlich anlegen konnte. — Im Frühjahr v. J. wurde eine große Anzahl Berdebstähle ausgeführt. Die Ermittlungen haben sich längere Zeit hingezogen, da es viel Mühe kostete, den Diebsten auf die Spur zu gelangen. Es ist jetzt in Ansehung gegen etwa dreißig Personen erhoben worden, die des Diebstahls beim Diebstahl beschuldigt werden. Als einer der Hauptbelasteten kommt der Friedberger Jamin aus Oberursel in Frage, der schon einmal in ein Verfahren verwickelt war, aber infolge gelingender Ungerechtigkeitsfrei freigesprochen wurde. Der Diebstahl werden Mandanten, Verwaltungsdirektoren, Buchhalter, Buchhalter, hiesiger und privater Betriebe und Anstalten beschuldigt, die Kenntnis von den gestohlenen Tieren auch zum Verbrauch in den betreffenden Etablissements verwandten.

Sportliche Rundschau.

Die hiesigen Ruder-Boots-Verenigung, Baden, das am Sonntag, den 21. März, anlässlich der Tagung des hiesigen Ruderverbandes in Stuttgart stattfand, wurde folgende repräsentative hiesige Mannschaft aufgestellt: Hermann (H. A. Heidelberg), Rohmüller (H. A. Heidelberg), Wollig (H. A. Mannheim), Böding (H. A. Mannheim), Kühner (H. A. Heidelberg), Baumann (H. A. Heidelberg), Berthel (H. A. Mannheim), Rohmüller (H. A. Mannheim). Die beiden sind den zwei zuerst besten hiesigen Mannschaften (Berlin für Rosenfelder Mannheim und Baden-Rhein Heidelberg) entnommen. Heidelberg hat den besten Sturm, Mannheim die besten Hintermannschaft, (siehe die beiden Vereine gegenseitig ergaben. Das repräsentative hiesige Ruder-Boots-Verenigung Baden wurde bis jetzt viermal ausgespielt, und zwar zweimal vor dem Krieg mit dem Resultat 2:1 und 1:0 für Baden.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März

Table with columns: Pegelstation vom Rhein, Datum (19, 20, 21, 22, 23, 24), and Bemerkungen. Shows water levels for stations like Schutterinsel, Kehl, Messen, Mannheim, Waiblingen, Kehl, and Mannheim.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbestimmter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 25. Wolken, Niederdrucke, mild, milde, windig. 26. Wolken, teils heiter, Nacht kalt, schwach Niederdrucke. 27. Stark Niederdrucke, mild, milde, milde.

Witterungsbericht.

Table with columns: Datum, Barometerstand morgens 7 Uhr, Temperatur mittags 7 Uhr, Windrichtung, Windstärke, Niederschlag, and Bemerkungen. Shows weather data for dates 19, 20, 21, 22, 23, 24.

Handel und Industrie.

Zur Gründung einer „Wirtschaftsstelle des badischen Handwerks“.

Die Handelskammer Mannheim als Vorort des badischen Handelstags schreibt uns zum Plane der Errichtung eines Zentralorgans der Landeswirtschaftsstelle des badischen Handwerks folgendes:

Zwecks möglicher Ausschaltung des Handels bei Belieferung badischer Handwerksbetriebe mit den von letzteren gebrauchten Rohstoffen usw. wurde vor einiger Zeit eine „Wirtschaftsstelle des badischen Handwerks“ gegründet. Der Badische Industrie- und Handelstag vermag die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Gründung nicht zu erkennen. Daß diese „Wirtschaftsstelle“ in der Lage sein wird, das Handwerk im ganzen besser und billiger zu beliefern, als der Handel dies tut, hält er für ausgeschlossen. Die Gründung wird im Gegenteil nach seiner Überzeugung dem Handwerk eher Nachteile als Vorteile bringen. Der Badische Industrie- und Handelstag würde selbstverständlich keine Veranlassung nehmen, seiner Ansicht über diese Gründung Ausdruck zu verleihen, wenn nicht die gewählte Firma nach außen hin den Anschein erweckte, als ob es sich um ein staatliches oder halbstaatliches Unternehmen handle, und wenn nicht dieses Unternehmen bis vor kurzem durch die persönliche Mitarbeit eines höheren im ganzen Lande bekannten Regierungsbeamten eine Unterstützung genossen hätte, die den einzelnen Handelsfirmen naturgemäß in gleicher Weise nicht gewährt werden kann. Der Badische Industrie- und Handelstag hält die für das Unternehmen gewählte Firma für ungesetzlich und erwartet, daß die Beteiligten, hierauf aufmerksam gemacht, gerne sich dazu verstehen werden, eine andere mit dem Gesetz nicht in Widerspruch stehende Firma zu wählen. Dergleichen gestattet sich der Badische Industrie- und Handelstag an die Regierung die ergebene Bitte zu richten, von einer vorzugsweisen Unterstützung einzelner Betriebe, wie sie im vorliegenden Fall offensichtlich gewährt wird, künftighin Abstand nehmen zu wollen.

Wayss & Freytag A.-G., Neustadt a. H.

Neustadt, 22. März. In der am 22. März abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft waren zehn Aktionäre mit 1632 Stimmen vertreten. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Freytag-Neustadt. Die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals von 8 Mill. auf 13 Mill. M. unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre und die Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Mark wurden ohne Debatte durch einstimmige Annahme erledigt. Auf Anfrage eines Aktionärs über die Aussichten im laufenden Geschäftsjahre und über die zu erwartende Dividende erklärte Generaldirektor Otto Meyer: „Die Abschlußziffern für das verlossene Jahr liegen im einzelnen noch nicht fest, doch läßt sich heute schon sagen, daß das Ertragnis wieder befriedigend war und daß mit der gleichen Dividende wie im Vorjahre, 3%, gerechnet werden kann. Für die nächste Zeit etwas voranzusagen, ist sehr schwer. Soweit wir das laufende Jahr übersehen können, läßt es sich nicht unbefriedigend an. Die Beschäftigung aller unserer Niederlagen ist befriedigend. Die Aufträge laufen trotz aller Schwierigkeiten auf dem Baumarkt durchaus normal ein, und zwar ist es immer wieder die Industrie, die uns beschäftigt, weniger der Staat oder die Kommunen. Deutschland muß allerdings zur Ruhe kommen können. Es ist nicht zu verstehen, daß die Arbeiterschaft, die gerade auf Gedeih und Verderb ver-

knüpft ist mit dem Wohlergehen aller Gesellschaften, mit denen sie arbeiten, nicht allmählich zur Vernunft kommen will. Was die Wirtschaft braucht, das ist Ruhe und wenn wir die bekommen, dann ist auch wieder ein Aufblühen.“

Die neue Festsetzung der Tabakpreise.

Mannheim, 24. März. In Ergänzung zu unseren Mitteilungen ist nunmehr in der Tabakpreisfrage folgende Entscheidung gefallen. Das Reichswirtschaftsministerium hat den Beschluß des Preisausschusses der Degeta wegen Erhöhung des Zuschlags dahin genehmigt, daß auf die Ortspreise für Rohtabak der Ernte 1919 Zuschläge von 60% gewährt werden, in welchem Satz die früheren Prämienzuschläge von 20% inbegriffen sind. Es werden dagegen die sogenannte Spitzenzuschläge und Vereinsprämien besonders vergütet.

Börsenberichte.

Berlin, 23. März. (Draht.) Heute wurde die Notierung amtlicher Devisenkurse zum erstenmal wieder offiziell vorgenommen.

Amtliche Devisenkurse.

Für drabliche Auszahlungen	Münzparität	Kurs 18. Sept.	13. März		23. März	
			Gold	Reich	Gold	Reich
Amsterdam-Rotterdam	163.75	1159	2097	3003	2937	2943
Brüssel-Antwerpen	81	—	654.40	635.60	579.40	580.60
Christiana	112.50	700.25	1315.50	1321.50	1435.50	1436.50
Kopenhagen	112.50	660.25	1315.50	1311.50	1398.50	1401.50
Stockholm	112.50	720.25	1545.50	1551.50	1635.50	1631.50
Helsingfors	81	141.35	429.60	430.60	429.50	430.50
London	20.45	—	442.50	450.50	404.20	405.40
New York	4.29	—	290.70	300.30	290.70	300.30
Paris	81	—	635.00	635.10	543.45	550.35
Schweiz	81	531.25	1372.50	1376.50	1373.50	1376.50
Spanien	81	550.50	1445.50	1451.50	1398.50	1401.50
Wien alte	85	37.05	36.95	37.04	36.96	37.04
Wien abgest.	85	37.55	37.45	37.54	37.46	37.54
Prag	85	78	100.00	100.10	98.40	98.60
Budapest	85	—	32.97	33.03	—	—
Bulgarien	81	—	—	—	—	—
Konstantinopel	19-20	—	—	—	—	—

Frankfurter Abendbörse.

w. Frankfurt, 23. März. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen und die Haltung war recht unregelmäßig. Am Montag-Aktienmarkt blieben Deutsch-Luxemburger scharf angeboten und erfuhr eine Einbuße von 10%; auch Harpener waren wiederum angeboten und verloren 5%. Phönix-Bergbau gewannen 3%, müßten dieselben jedoch an der Nachbörse wieder hergeben. Geucht blieben Mannesmann-Röhren, welche 8% gewannen. Einem Kursverlust erlitten Kalk Aschensleben. Bei starken Käufen wurden Felten u. Guilleaume 17% gesteigert. Der Einheitskurs dieses Papiers stellte sich auf 495, während Schuckert 5%, A. E. G. 4%, Licht u. Kraft 3%, Deutsch-Liebesee-Elekt. 8% verloren. Von sonstigen Industriepapieren fanden Elek. Volt u. Haffner weitere Beachtung und stiegen 15%. Erwähnungswert sind Zellstoff Aachafenberg, welche 3% anboten. Fahrzeug Eisenach gewannen 2%. Der Rentenmarkt war nahezu gefühllos. Sparprämienanleihe wurden zu 92% umgesetzt. Im Irren Verkehr stellten sich Mansfeld-Kuxe 3200, volle Südde 2450, leere Südde 2400, Canadas 1360, Kolonialanleihe Jährl. 1000, 1000, 1000, South West 605. Die wesentliche Ermutigung des Frankens in der Schweiz gab Veranlassung, daß sich im freien Verkehr ein bestes Geschäft entwickelte. Es stellten sich besonders französische Noten gegen den Stand der Mittagsbörse erheblich niedriger. Die Kurse wurden genannt 535-540-542. Auch in den andern ausländischen Noten herrschte Abgabeneigung.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Donnerstag, 25. März gelten folgende Placate:

- Für die Verbraucher:**
 - Butter: 1/4 Pfund zu Mt. 1.04 die Buttermarkte 99 in den Verkaufsstellen 501-585.
 - Eier: Margarine 1/4 Pfund zu Mt. 2.— die Buttermarkte 46 in den Verkaufsstellen 1668 r. d. m. 1. r. 1. bis 855 und 782-721.
 - Hilfsstoffe: Bohnen 500 Gramm zu Mt. 4.20 für die Kartoffelmarkte 23 in den Kolonialwarenerverkaufsstellen 1-1668.
 - Bruchreis: 250 Gramm zu Mt. 3.— für die Kolonialwarenermarkte 2 in den Verkaufsstellen 1-1668.
 - Speiseöl: 1/2 Liter zu Mt. 2.30 für die Kolonialwarenermarkte 3 in den Verkaufsstellen 279-450.
 - Flügel- oder Buttermilch: Für 1/2 Liter die Marke 127 Karolinen für 1 Pfund Karolinen (das Pfund zu 30 Pfg.) und 2 Pfund Speiseölmilch (das Pfund zu 35 Pfg.) die Kartoffelmarkte 240 in den Verkaufsstellen 1-268.
 - Hefeflocken: 250 Gramm zu 46 Pfg. und 200 Gr. Karolinen zu Mt. 2.— für die Kolonialwarenermarkte 1 in den Verkaufsstellen 1-1668.
- Für die Besatzung bis einschließlich Mittwoch, den 24. März, abends für 1 Gt. zu Mt. 1.00 die Buttermarkte 100 in den Eier-Verkaufsstellen. Die Belieferung wird auf die Buttermarkte 101 erfordern, die vom Geschäftsinhaber auf der Rückseite abzuklempfen und dem Käufer zurückzugeben ist. Die eingekommenen Marken müssen am Donnerstag, den 25. und Freitag, den 26. ds. während der üblichen Geschäftszeit im Erdgeschoss des Lebensmittelamtes abgeliefert werden. Später abgelieferte Marken können bei der Verteilung nicht in Betracht berücksichtigt werden.**
- Für die Verkaufsstellen:**
 - Zur Abgabe hat bereit:
 - Butter: Margarine 1/4 Pfund zu Mt. 2.— für die Verkaufsstellen 720 einschließlich bis 451 in Verkaufsstellen Q 2, 5 am Donnerstag, den 25. ds. von 9-3 Uhr, Ausweise, Körbe und möglichst Scheids auf Bezahlung mitbringen.
 - Speiseöl: 1/2 Liter, Verbraucherpreis Mt. 2.30 für die Kolonialwaren-Verkaufsstellen 601-770, Holzbohlen und zahlbar gegen Ausweis am Donnerstag, den 25. ds. von 8-12 Uhr und von 2-5 Uhr bei der Fa. Gg. Jakob, Seidenbinderstraße 64. Bekäufel hat mitzubringen.
 - Karolinen: Für 1 Pfund Karolinen (das Pfund zu 30 Pfg.) und 2 Pfund Speiseölmilch (das Pfund zu 35 Pfg.) Die Empfangsbekundigungen sind von den Verkaufsstellen 269-616 am Donnerstag-Vermittlung, den 25. ds. abzugeben.
 - Schädliches Lebensmittelamt, C 2, 16/18.

Die Gabholzberechtigten in Käfertal.

Die Bestellung des Bürgerabholzes für 1920 hat stattgefunden. Die Besetzung werden gegen Entrichtung des Holzmarktes, von Mt. 28.50 am Donnerstag, den 25. März 1920, von 9 bis 12 Uhr für die Subloten A.-J. und nach von 1-4 Uhr für die Subloten K.-Z im Rathaus zu Käfertal ausgeben werden. Bei diesem Zeitpunkt werden keine Holzstücke abgegeben. Die Besetzung können nachträglich bei der Gustafse empfangen werden. Mit der Abluhr des Holzes aus dem Walde darf erst am 28. März 1920 begonnen werden. Die Abluhr des Holzes muß bis zum 1. April 1920 beendet sein. Verpätete Abluhr oder irrtümliches Abholzen des Holzes wird mit einer Strafe von Mt. 4.— für jeden einzelnen Fall bestraft. Vom 28. März 1920 an liegt das Holz auf Gefahr des Besatzberechtigten. Mannheim, den 20. März 1920. Bürgermeisteramt.

Die Gabholzberechtigten in Sandhofen.

Die Bestellung des Bürgerabholzes für 1920 hat stattgefunden. Die Besetzung werden gegen Entrichtung des Holzmarktes, von Mt. 28.50 am Donnerstag, den 25. März 1920, von 9 bis 12 Uhr im Rathaus von Sandhofen ausgeben werden. Bei diesem Zeitpunkt werden keine Holzstücke abgegeben. Die Besetzung können nachträglich bei der Gustafse empfangen werden. Mit der Abluhr des Holzes aus dem Walde darf erst am 28. März 1920 begonnen werden. Die Abluhr des Holzes muß bis zum 1. April 1920 beendet sein. Verpätete Abluhr oder irrtümliches Abholzen des Holzes wird mit einer Strafe von Mt. 4.— für jeden einzelnen Fall bestraft. Vom 28. März 1920 an liegt das Holz auf Gefahr des Besatzberechtigten. Mannheim, den 22. März 1920. Bürgermeisteramt.

Gewerbeschule Mannheim.

Diesjährigen Schüler des III. Jahrganges, welche 1. XI. beurlaubt sind, werden aufseiner, am Freitag, den 26. März 1920, nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr, hier beantragt bei den Herren Klassenlehrern in Empfang zu nehmen. Für die nicht abgehenden Zeugnisse wird seitens der Schule keine Gewähr übernommen. Mannheim, den 19. März 1920. Gewerbeschulerektor.

Schokolade
250 gr. Tafeln
Marke Labouesse & Colombia
empfiehlt preiswert 88100
M. Bausch Wwe., Ludwigshafen a. Rh.
Maxstraße 76. Tel. 744.

P 5, 23 Große Versteigerung P 5, 23

Am Donnerstag, den 25. März, vormittags 9 1/2 Uhr und nachmittags 2 1/2 Uhr versteigere ich behelflicher Genehmigung in 3064

P 5, 23
eine große Partie Porzellan als Teller, Platten, Belegschalen, Schüsseln, Einleiste, Stielkannen, große, kleine und mittlere Emaillehen, Bratpfannen, Kartoffeldämpfer, Geschirrkörbe, Silberkasten, Bierplättchen, Steinkörbe, Einmachgläser aus Holz und Ton, Backteller, Flaschenzuber, Blech- und Puddingformen, Falllager, Flaschenzuckel, 2 Aschenkäse, Pastermaschine, Holzbohrmaschinen, Kratthobel, 1 Vieh-u. 1 Küchenwaage, 1 Pezari, 1 Fettpresse, Messer, Löffel, Gabeln, Sektkühler, Feuerzeugständer in Silber u. Nickel, diverse u. Holz-Tische, Schreibische, Wasch- u. Nachtschische, Bettchen, Verwick, Elektrik, Waschwanne, Kinderhochbank mit Werkzeug, Spielsachen, Papiermützen, Luftschlangen, Ansichtskarten, Schulbank mit Stuhl und anderes mehr.

M. Arnold, Auktionator und Taxator
Telephon 6219.

Stammholz-Versteigerung.

Die hiesige Gemeinde versteigert am **Donnerstag, den 25. März 1920** im Gemeinewald (Ortswald) folgende Hölzer auf der Heibelte:

- 67 Eichen II.-IV. Klasse
- 10 Buchen III.-IV. Klasse
- 8 Birken IV.-V. Klasse
- 13 Fichten III.-IV. Klasse
- 80 Nichten IV.-VI. Klasse
- 18 sonstige Laubhölzer III.-V. Kl.
- 53 Baumstangen I
- 44 II
- 10 Hopfenstangen und
- 30 Strohholz. 3938

Zusammenkunft vorm. 10 Uhr beim Rathaus.

Das Waldschutzpersonal zeigt auf Verlangen die Hölzer vor.

Leutershausen, 20. März 1920.

Bürgermeisteramt.
Schmitt.

Annahmestellen gesucht
für leistungsfähige
Stärkwäscherei
B8011
(Kragen, Manschetten, Hemden usw.)
Angebote um T. P. 78 a, d. Geschäftsstelle.

Wirtschaftliche Rundschau.

Entlastung der Notariate von den Erbschaftssteuerergeschäften. Eine Verordnung des badischen Landesfinanzamtes bestimmt: Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 18. Dezember 1919 zur Einführung der Reichsabgabenordnung Reichs-Gesetzblatt Seite 2191) werden mit Wirkung vom 22. März 1920 an die Erbschaftssteuerergeschäfte der Notariate bestimmten Bezirksfinanzbehörden übertragen, soweit sie ihnen nicht schon früher übertragen worden sind: Für die Erbschaftssteuerergeschäfte der Notariate aus den Amtsgerichtsbezirken Egen, Schönau, Neustadt, Waldkirch, Brunsach, Wolfach, Eitenheim, Kenzingen, Gengenbach und aus den Gemeinden Diersburg, Ortenberg und Zunsweier des Amtsgerichtsbezirks Offenburg, ferner aus den Amtsgerichtsbezirken Kehl, Gernsbach, Ettlingen, Philippsburg, Weinheim, Buchen und Waldbrunn bleiben einstweilen noch die Notariate zuständig.

Kapitalerhöhung der Gesellschaft für Spinerei und Weberei Ettlingen.

Einer auf 28. April einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,328 Mill. M. durch Emission von 1328 Inhaberaktien vorgeschlagen. Letztere sollen ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt sein und werden von einem Konsortium übernommen werden. Das bisherige Aktienkapital beträgt 3672 Mill. M., so daß nach der Kapitalerhöhung das Aktienkapital 5 Mill. M. betragen wird.

Mechanische Seilerwarenfabrik Füssen.

München, 23. März. (Eig. Draht.) Die Generalversammlung genehmigte die Zahlung einer Dividende von 18% auf die Stammaktien und 16% auf die Prioritätsaktien. Der Verschmelzungsvertrag mit der mechanischen Bindfadenfabrik in Immenstadt wurde einstimmig angenommen. Die Ausgabe von 2 Millionen neuer Aktien zum Kurse von 170% im Verhältnis von 4:1 beschloß und der Aufsichtsrat und Vorstand zur Ausgabe von weiteren 2 Millionen Schuldscheinen im Bedarfsfalle ermächtigt.

Eine Ortsgruppe des Südwestdeutschen Kanalvereins auch in Heidelberg. Am 23. März fand die Gründungsversammlung für eine Ortsgruppe Heidelberg des Südwestdeutschen Kanalvereins im Kaufmännischen Vereinshaus bei sehr zahlreichem Besuch statt.

Linoleum-Fabrik Maximiliansau, Maximiliansau a. Rh. Die Wiederaufnahme des Betriebes erfolgte erst nach Friedensschluß, doch konnte die Belieferung der Kundschaft mit neuem Linoleum noch vor Ende des Geschäftsjahres stattfinden. Nach 76.810 (177.221) M. Abschreibungen wurde einschl. 207.098 M. (337.312 M.) Vortrag ein Reingewinn von 317.000 erzielt; hieraus soll eine Dividende von 8% (i. V. 7%) verteilt und 208.030 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ferner wird der am 26. März stattfindenden Generalversammlung der Antrag unterbreitet, das Aktienkapital von 2 Mill. M. auf 3 Mill. M. zu erhöhen.

Pfälzische Textil-Industrie Otterberg, A.G. in Otterberg. Der Betriebsergebnis der Gesellschaft beläuft sich auf 600.162 M. Unkosten, Löhne und Zinsen erforderten 348.254 M., so daß ein Reingewinn von 251.908 M. verbleibt, welcher sich durch den Vortrag von 1918 in Höhe von 25.402 M. auf 177.210 M. erhöht. Für Abschreibungen werden 32.542 M. für besondere Abschreibungen auf Maschinen, welche reparaturbedürftig sind, 10.628 M. für Zuweisung zum Reservefond 12.000 M. auszuwerfen. Von dem verbleibenden 97.904 M. werden 5% Dividende ausgeschüttet und 20.000 M. an einen Sparzinsreservefond verwiesen. 57.904 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die von der Verwaltung vorgelegten Vorschläge.

Statt besonderer Anzeige.
Heute früh entschlief nach längerem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
88027

Frau Elisabeth Senz
geb. Grosch
im Alter von 75 1/2 Jahren.
MANNHEIM, Friedrichring 42, den 23. März 1920.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Senz.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 5 Uhr statt. Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.

Öffentliche Versteigerung.
Donnerstag, den 25. März, 1. N., nachm. 2 1/2 Uhr, werde ich gemäß § 2042 B. G. B. im Hause T 6, 33 hier gegen Barzahlung öffentlich versteigern: 4000
1 Wirtschaftsbüfett, 1 Gläser-Idrät, 16 Tische, ca. 60 Stühle, 1 Esstisch, Gaslüfter und Sonstiges.
Dingler, Gerichtsvollzieher.

August Kocks
Kaffeerösterei mit elektr. Betrieb
R 6, 3 Feraruf 5171 R 6, 3
Übernimmt Kaffee zum Rosten auf Schnellrotat Probat, streng reell ohne jeden Zusatz.
88005

Bücher-Revisionen
Prüfung von Bilanzen
sowie Neueinrichtungen, übernimmt veralterter Bücherrevisor und Treuhänder, gerichtlich Sachverständiger. Steuererklärungen, li. Referenzen.
Oscar Möller, Mannheim,
Emil Heckelstraße 6. 2930

Toiletten- und Bade-Seife
38000
großen Posten in reiflicher Qualität
Gebr. Hechler, Ludwigshafen, Maxstr. 42.

